



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 504

(Das Tonprotokoll kann unter: <https://pratteln.recapp.ch/viewer/>
Homepage: <https://www.pratteln.ch/sitzungen>, Link: Plattform für alle Tonprotokolle angehört werden)

Einwohnerratssitzung vom Montag, 21. Februar 2022, .00 Uhr im KUSPO

Anwesend	37 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Patrick Ritschard, Dieter Stohler, Claude Weisskopf	
	Gemeinderat: -	
Vorsitz	Christoph Zwahlen	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Quartierplanung Gottesacker -1. Lesung	3297
2.	Interpellation, SP, Fabian Thomi, Belastetes Material in Salina Raurica	3316
3.	Beantwortung Postulat, U/G, Gerold Stadler, Grünstadt Schweiz	3236
4.	Beantwortung, Postulat, FDP-CVP, Didier Pfirter, Autobahnausfahrt Pratteln Ost: Erwähnung des Namens der Standortgemeinde im Namen der Autobahnausfahrt im Gebiet Löli-Wanne	3245

Begrüssung

Christoph Zwahlen: Guten Abend miteinander, ich begrüsse euch alle zur heutigen 504. Sitzung des Einwohnerrats. Die Gespräche sind überall sehr angeregt. Ich hoffe, dass sie dann heute angeregt bleiben und zügig vorangehen. Wir kommen zuerst zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Christoph Zwahlen: Heute ist Simone Schaub das letzte Mal im Einwohnerrat mit dabei. Wir werden sie am Schluss der Sitzung verabschieden. Ihre Nachfolge wird Guido Schaub antreten.

- Die Einwohnerratssitzung vom 16. Mai 2022, wie schon per E-Mail angekündigt, wird von 18.00 bis 20.00 Uhr stattfinden. Anschliessend gibt es einen Apéro riche. Einerseits für den ausgefallenen Weihnachtsapéro, andererseits würdigen wir dann auch das 50-jährige Bestehen der Legislative in Pratteln. Zu diesem Anlass werden alle ehemaligen Einwohnerratspräsidenten eingeladen.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation, FDP-Die Mitte, Silvia Lerch, Dreifachturnhalle beim Schulhaus «Fröschmatt»?
- Postulat, U/G, Billie Grether, Mehrfachnutzung bestehender Infrastrukturen für Solarenergiegewinnung auf kommunalen Flächen – JETZT!
- Motion, U/G, Emil Job, Kommunale Energieplanung
- Interpellation, FDP-Die Mitte, Andreas Seiler, Business-Case Berechnung bei grossen Quartierplänen
- Interpellation, FDP-Die Mitte, Andreas Seiler, Steueraufkommen der Prattler Quartiere
- Interpellation, FDP-Die Mitte, Andreas Seiler, Anreiz für energetische Sanierungen von Gebäuden mit Mietwohnungen

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

-

Beschlüsse

1. Nr. 3297

Quartierplanung Gottesacker - 1. Lesung

GR Philipp Schoch: Der Quartierplan Gottesacker ist ein idealer Standort, um verdichtet zu bauen. Die Nutzungsziffer in dieser Vorlage ist mit 2,0 relativ hoch. Diese sollte man aber nicht so allein betrachten, weil sie nicht viel aussagt. Man muss die ganze Umgebung miteinbeziehen und alles anschauen. In der Bevölkerung hört man viel darüber, dass die Entwicklung in Pratteln zu rasch geht, zu viel ist und manchmal vielleicht auch zu hoch ist. Der Gemeinderat schlägt ihnen mit diesem Projekt aber nicht mehr vom Gleichen vor, sondern ein qualitativ hochstehendes Projekt an einem Ort, welches verkehrstechnisch auf allen Verkehrsträgern optimal erschlossen ist. Darum ist in diesem Projekt auch eine reduzierte Parkplatzzahl inbegriffen. Wenn man sich vorstellt, die Aussicht Richtung alter Gottesacker und im Hintergrund die Prattler Hügel an einer zentralen, aber doch sehr ruhigen Lage, dann schaffen wir mit

diesem Projekt eine gute Qualität, die wir nicht in jedem Projekt haben. Wenn man kurz die Höhen vergleicht, einfach damit wir das ein bisschen einordnen können, man redet viel von Stockwerken, aber ich glaube, die Meteranzahl ist fast einfacher. Das Türmli an der Bahnhofstrasse, welches jetzt neu eröffnet wurde, ist 35 Meter hoch (10 Geschosse). Beim QP Gottesacker ist das höhere Gebäude 21 Meter hoch (7 Stockwerke) und im Vergleich: Das höchste Gebäude in Pratteln ist der Ceres-Tower mit rund 82 Meter. In der Schweiz spricht man von einem Hochhaus ab 30 Meter. Es ist also nicht ein Hochhaus, welches beim Gottesacker geplant ist, sondern ein höheres Haus. Der Gemeinderat empfiehlt ihnen den Quartierplan zur Annahme und bittet sie, heute nicht allzu viele Änderungen einzubringen. Ich weiss aber, dass ein paar Änderungen im Anmarsch sind.

Kurt Lanz: Es ist fast wie immer, wenn ich einen Bericht vorstellen muss: Es steht im Bericht, was die Bau- und Planungskommission ihnen mitteilen möchte. Wenn wir es nicht hineingeschrieben haben und ihnen trotzdem mitteilen möchten, wäre das nicht anständig von uns. Wenn sie Fragen zum Bericht haben, gebe ich gerne Auskunft dazu. Es ist mir noch selten passiert, in all diesen Kommissionen, welche ich präsiert habe, dass die Meinungen so unterschiedlich waren und auch die verschiedenen Fraktionsvertreter/innen manchmal gar nicht so genau wussten, was ihre Fraktion schlussendlich gerne möchte. Also, das zeigt ja auch ein bisschen, wie schwierig das Projekt jetzt hier in der Bau- und Planungskommission diskutiert wurde.

Christoph Zwahlen: Obwohl das Geschäft schon in der BPK war, müssen wir zuerst auf das Geschäft eintreten, denn das passiert nicht automatisch mit der Weiterreichung an die BPK. Also zuerst reden wir zum Eintreten. Dann kommen wir zur Detailberatung und anschliessend werden die Paragraphen des QP-Reglements und der Plan gelesen. Anträge zum Plan, das sage ich jetzt schon, sagt man entweder am Anfang der Detailberatung oder beim § 15 Plan oder dann am Schluss. Das mit den Stockwerken steht nirgends in einem Reglement, das steht nur mit Angabe der Höhen über Meer und wird auf den Plan verwiesen.

Andreas Seiler: Die Fraktion FDP-Die Mitte ist für Eintreten. Wir danken dem Gemeinderat für die Vorlage, die er hier ausgearbeitet hat. Wir danken auch der BPK für die Beratung, von diesen doch gewiss vielen Punkten, die aus den Fraktionen eingegangen sind. Was wir aber festgestellt haben, ist, dass der BPK-Bericht sehr knapp ist. Man hat kaum eine Begründung, wieso die BPK zum einen oder anderen Entscheid gekommen ist. Das finden wir etwas schade. Da hätte es vielleicht etwas mehr Text vertragen, auch zum Dokumentieren, was denn genau die Beweggründe der BPK sind für das Eine oder Andere. Ich kann es schon vorwegnehmen, dass wir den formulierten BPK-Anträgen grundsätzlich zustimmen können. Sie nehmen die berechtigten Anliegen auf, sind aber genug offen formuliert. Nur beim letzten Antrag haben wir noch eine Frage an die BPK. Wenn es die Meinung ist, dass man einen Parkplatz für Carsharing zur Verfügung stellen kann, dann sind wir mit diesem Antrag der BPK einverstanden. Wenn aber die Meinung ist, dass der Hauseigentümer auch ein Carsharingangebot zur Verfügung stellen muss, dann sehen wir das nicht ganz so. Wenn es einfach darum geht, dass ein Parkplatz hier steht für ein Carsharing-Angebot, dann wäre das für uns okay. Wir kommen dann später bei der Lesung noch mit einem Antrag zum Thema Stammparkplätze.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist auch für Eintreten. Wie Kurt Lanz schon gesagt hat, war es auch bei uns in der Fraktion eine schwierige Diskussion. Der QP Gottesacker zeigt genau das Dilemma, welches wir im Moment haben ohne Raumentwicklungskonzept. Bei uns sind sowohl die nachhaltige Raumnutzung als auch die räumliche Verdichtung sehr wichtige Punkte. Aber eine massvolle und überlegte Verdichtung am richtigen Ort und mit genügend Ausgleichsflächen, ist genauso wichtig. Genau da waren wir im Dilemma. Zum Teil widerspricht sich das unserer Meinung nach und eine übergeordnete Strategie wäre in diesem Fall enorm hilfreich gewesen. Wir hatten intensive Diskussionen auch in Bezug auf die Gebäudehöhen. Die Meinungen in der Fraktion sind sehr geteilt. Es gibt keine Fraktionsmeinung dazu. Wir werden uns die Diskussion einmal anhören. Wir haben zu verschiedenen anderen Punkten Anträge, ihr habt sie auf dem Tisch. Ich werde sie dann beim entsprechenden Paragraphen bringen.

Fredi Wiesner: Auch die SVP-Fraktion hat den QP-Gottesacker diskutiert. Wir sind eigentlich mit diesem, wie er vorliegt, mehrheitlich einverstanden. Es gab Diskussionen über die Höhen. Das war allgemein auch in der BPK so. Wir sind dort aber der Meinung, dass man ja seinerzeit die Überbauung Blözen abgelehnt hat, mit der Auflage, dass man verdichtet baut. Hier haben wir jetzt etwas, das in das Quartier dort vorne hineinpasst und darum sollte das eigentlich so umgesetzt werden, wie es geplant ist.

Rebecca Moldovanyi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Wir möchten uns herzlich bedanken beim Gemeinderat und auch bei der BPK für die Arbeit, die sie geleistet haben. Auch bei uns hat es, ähnlich wie bei der U/G, zum Teil sehr unterschiedliche Meinungen gegeben, wo ein übergeordnetes Blatt dazu wirklich nicht schlecht wäre. Wir werden einen Antrag stellen bezüglich der Preise der Wohnungen, sind aber sonst mehrheitlich einverstanden mit dem QP.

Paul Dalcher: Auch ich habe das Geschäft intensiv studiert und komme zum Schluss, dass der Gemeinderat von seiner eigentlichen Rolle abgekommen ist und zwar vom Spielmacher zum Spielball der Investoren. Bei Quartierplanungen hat der Gemeinderat eigentlich eben die Spielmacherfunktion. Quartierplanverfahren haben den Zweck, sowohl für den Investor als auch für Gemeinden eine Win-Win-Situation anzustreben. Wo ist der Gewinn für die Gemeinde? Wo ist der Mehrwert für die Gemeinde? Das ist doch der Job vom Spielmacher. Doch alles schön der Reihe nach: Bei der Umzonung seinerzeit vor etwa zehn Jahren der Gebiete ex. Häring/ex. Coop, wurden Spielregeln aufgestellt in Form von Quartierplänen und Quartierplan-Reglementen, zum Beispiel das generelle Bebauungskonzept, Gebäudehöhen, Nutzungsarten, Nutzungsmasse sowie Gebäudehöhenstaffelung Nord nach Süden und noch anderes mehr. Der Helvetia-Tower und das Vierfeld sind realisiert und entsprechen den damals ausgehandelten Quartierplanvorschriften zu einhundert Prozent. Nun will der Landeigentümer den Rest dieses Grundstücks auf dem Vierfeld plötzlich nach anderen Spielregeln bebauen. Das lässt sich der Gemeinderat einfach so gefallen. Er macht Ausnahmen und Ausnahmen, Ausnahmen von Ausnahmen und so wird er zum Spielball von den Landeigentümern und den Investoren. Die Spielmacherrolle wäre doch eine klare Signalgebung, um Eckwerte aufzuzeigen, wohin die Reise gehen soll. Der Gemeinderat hätte den Investoren klarmachen sollen, dass nicht «a priori» das Renditeziel anstrebenswert ist, sondern die Bedürfnisse der Gemeinde nach massvoller Entwicklung und der städtebaulich gut verträglichen Integrierung von neuen Baukörpern. Insbesondere soll doch die Annäherung des südlichen Dorfkerns subtil vorgenommen werden. Offensichtlich zeigt sich, dass der Gemeinderat zu wenig dezidiert ist oder lässt Investoren bei grösseren Projekten freie Hand, nach dem Motto «Darf es ein bisschen mehr sein und darf es noch ein bisschen höher sein?».

Ich erinnere mich sehr an die Besprechung als Teilnehmer des Mitwirkungsverfahrens im August 2021. Meine Frage an die dort anwesenden Vertreter der Arealentwickler, Gemeinde und Investoren: Ob der Investor auch realisieren würde, falls das Gebäude Süd nur 4-geschossig gebaut werden dürfte. Die Antwort war ganz klar: Nein, dann sicher nicht. Jetzt sollen wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zustimmen, dass der Landeigentümer kräftig Kasse machen kann. Das liegt sehr nahe an der Grenze zur Erpressung. Pratteln darf doch nicht zum Eldorado für gierige «Gambler» werden. Es gilt doch Mass und Augenmass zu halten, zum Wohl unserer Gemeinde als Lebensraum. Das braucht halt Rückgrat und Standhaftigkeit. Deshalb rate ich sowohl dem Gemeinderat als auch der Mehrheit hier drin folgendes: Nehmt eure Rolle als Spielmacher und nicht als Spielball wahr. Darum mein Antrag, dieser wird dann zu gegebener Zeit begründet, maximale Gebäudehöhe viergeschossig beim Baukörper B. Auch mit vier-, resp. fünfgeschossigen Gebäuden lassen sich hervorragende Lösungen konzipieren und realisieren. Der Unterschied besteht einfach darin, dass der Landeigentümer einen tieferen Bodenpreis anbieten muss. Ist das unser Problem?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte sie, meinem Antrag zuzustimmen, vor allem dann, wenn euch die massvolle und organische Entwicklung von unserer Gemeinde am Herzen liegt.

Kurt Lanz: Zur Frage von Andreas Seiler: Ja Andreas, ich glaube, es ist so. Der Text müsste heissen: «Ein Carsharing-Parkplatz-Angebot» dann wäre alles klar. Es ist aber auch so gemeint. Es war nicht die Meinung, dass das Carsharing-Angebot von den Bauherren übernommen werden muss.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Lesung.

§ 1

Kurt Lanz: Die Bau- und Planungskommission hat hier einen Antrag zur Erweiterung um die Ziffer f: Realisierung von Wohnraum mit differenzierten Wohnungsgrössen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK.

Der Antrag der BPK, wird mit 34 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: **§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Quartierplanung**

§ 1 Abs. 2 Erweiterung um lit. f:

f. Realisierung von Wohnraum mit differenzierten Wohnungsgrössen.

Christine Weiss: Ich würde gerne einen Antrag stellen für einen Punkt g unter diesem § 1 und zwar aus folgendem Grund: Hier fehlt mir ein wichtiges Ziel. Wann immer ich mit der Bevölkerung über das Bauen in Pratteln rede, kommt der Wunsch nach günstigen Familienwohnungen. Es hat so viele Familien, die sich eine grössere Wohnung wünschen, eine bezahlbare, grössere Wohnung und nicht fündig werden in Pratteln. Ich fordere einen Punkt g, welcher heisst: «Erstellung von günstigem, familienfreundlichem Wohnraum». Ich finde nicht, dass es die Aufgabe von Einwohnerrat und Gemeinderat ist, dass wir einen Bau mit möglichst hoher Rendite realisieren helfen, sondern dass wir einen Mehrgewinn haben für unsere Bevölkerung, für unsere Familien. Es soll auch geschaut werden, dass es günstige Wohnungen sind. Wenn ich den Bauriss dieser Wohnungen anschau, sind es auch sehr viele kleine Wohnungen. Als ich ausgezogen bin, hatte ich eine Zweizimmerwohnung. Die meisten von diesen Wohnungen sind Ein-/Zwei-Zimmerwohnungen, klein. Für mich macht das einfach den Eindruck, dass das ein Wohnsilo für «Hoppers» wird, welche einfach kurz hier in Pratteln sind, bis sie etwas Besseres/Günstigeres gefunden haben. Für an dieser wirklich ausgesprochen guten Lage familienfreundliche Wohnungen, hat es einfach viel zu wenig. Und darum möchte ich, dass dieser Punkt g hineingenommen wird.

Didier Pfrter: Ich bin sehr für eine soziale Durchmischung. Ich habe mich mehrfach als Botschafter bei der Maturrede an Schweizer Schulen Hand und Mund verbrannt, weil ich kritisiert habe, dass in den Schulen etwa 20% Schweizer sind und der Rest lauter Schüler/innen aus der obersten Oberschicht und das ist meines Erachtens keine schweizer Schule. Die soziale Durchmischung muss in beide Richtungen gehen. Wenn ihr die Statistik von Pratteln anschaut, die Steuerkraft von natürlichen Personen, das Durchschnittseinkommen, was auch immer ihr anschaut, hat Pratteln bei den günstigen Wohnungen und bei Wohnungen für Leute mit geringem Einkommen sicher kein Defizit im Vergleich zum kantonalen Durchschnitt, sondern wir haben ein grosses Defizit bei einem höheren Standard. Wenn ihr eine soziale Durchmischung wollt, dann müssen die Leute ja auch irgendwo wohnen, welche teurere und noblere Wohnungen wollen, sonst hättet ihr einfach keine soziale Durchmischung, sondern nur noch Leute mit geringem Einkommen. Wahrscheinlich ist dort eine der schönsten Lage in Pratteln, man macht ihnen noch einen Graspark vor die Nase. Wie gesagt Südaussicht und und und... Wenn wir dort keine einigermaßen luxuriösen Wohnungen bauen dürfen, dann müssten wir es eigentlich aufgeben, dass noch gute Steuerzahler nach Pratteln kommen und dass es dort je eine soziale Durchmischung geben wird. Wir haben ja jetzt die grosse Zentrale beschlossen, wo es viel mehr Wohnungen geben und ausdrücklich auf Familienfreundlichkeit Wert gelegt wird sowie eben auch Genossenschaftswohnungen. Jetzt an diesem Ort muss man halt zulassen, dass es vielleicht ein bisschen luxuriösere Wohnungen gibt, vor allem im Teil gegen Süden.

Billie Grether: Ich unterstütze dieses Anliegen sehr und das Argument mit Geld und mangelnder Durchmischung kann ich nicht ganz nachvollziehen. Ich denke, es wird vor allem für Singlehaushalte gross gebaut, aber die Familien werden überall einfach vernachlässigt. Ich glaube nicht, dass man Angst haben muss. Es gibt auch Familien, welche in der Mittelschicht

sind, nicht nur in der Unterschicht. Das heisst ja nicht, dass dort nur Familien in prekären Wohnsituationen sind. Aber es ist tatsächlich eine Herausforderung, als Familie bezahlbaren Wohnraum zu finden und ich bitte euch wirklich, diesen Antrag zu unterstützen.

Stephan Burgunder: Grundsätzlich finde ich die Durchmischung eine ganz gute Idee und ich glaube, wir müssen das bei Quartierplänen auch mal überlegen für die Zukunft (Beispiel Birsfelden). Aber dann muss man einzelne Gebäude einer Genossenschaft abgeben. Wir haben ein ganz grosses Genossenschaftsgebäude bei der Zentrale, welches dann gebaut wird. Wenn man hier zwei Wohnungen einer Genossenschaft abgibt, dann wird dem einfach nicht wirklich Rechnung getragen. Wir müssen über Gebäude diskutieren, Sachen die man abtrennen kann. Mit diesem Quartierplan, welchen ihr vor euch habt, wird die soziale Durchmischung extrem gefördert. Es wird nämlich auch das genossenschaftliche Wohnen extrem gefördert mit diesem Bau. Paul Dalcher hat vorher von diesem gierigen Investor gesprochen, welcher hier investiert. Ich weiss nicht, ob ihr wisst, wem das Land heute gehört. Das Land gehört der Logis Suisse. Sie hat das Land zusammen mit dem Grundstück der Zentrale erworben. Diesen Teil verkaufen sie und mit dem Nettoerlös vom Land aus dem Quartierplan, investieren sie das Geld in sozialen Wohnungsbau. Sie machen also nichts anderes als das, was ihr wollt. Je mehr sie dort verdienen, desto mehr können sie bei der Zentrale die Wohnungen vergünstigen. Das ist ein Teil von diesem Gesamtpaket, welches die Logis Suisse gekauft hat. Ihr könnt das nachschauen, das Land gehört nicht irgendeinem Investor, sondern die Logis Suisse ist Eigentümerin.

Christine Weiss: Das finde ich einen interessanten Ansatz, Stephan. Es ist einfach trotzdem schade, dass die Logis Suisse an dieser Stelle, die so zentral bei der Schule und wirklich ideal gelegen ist, ausgerechnet dort so kleine Wohnungen, so Singlehaushalte platzieren will. Es wäre jetzt wirklich ideal, um dort Familienwohnungen zu machen. Ich habe gesehen, dass sie sehr wenige Vierzimmerwohnungen dort anbieten, sprich es wird kaum Familien haben. Ich finde das gehört auch dazu, dass man an solcher Stelle halt trotzdem den Finger draufhält und sagt, es muss für Familien an solch einer tollen Lage mehr haben und halt auch zumindest für die Mittelschicht erschwinglich sein.

Stephan Burgunder: Der Investor ist nicht die Logis Suisse. Der Logis Suisse gehört das Land. Sie verkauft das Land und der Erlös investiert sie wieder in den genossenschaftlichen Wohnungsbau.

Fredi Wiesner: Vorher wurde gesagt, es sollte günstigen Wohnraum geben oder man solle die Mietzinse «deckeln». Das ist das eine, das habe ich jetzt verstanden unter dem Absatz g. Dann kam man plötzlich mit grösseren Wohnungen und ich meine, wir haben ja mit dem Absatz f «Realisierung von Wohnraum mit differenzierten Wohngrössen» dies so aufgenommen. In der BPK haben wir festgestellt, dass dort wieder kleine Wohnungen, nur kleine Wohnungen, gemacht werden und darum haben wir diesen Absatz f hineingenommen, damit auch andere Wohnungen gemacht werden sollten. Das ist jetzt dann in der Umsetzung anzupassen. Das andere mit dem Mietzins: Wie will man das machen, was ist ein günstiger Mietzins? Wenn ich diese in Zürich anschau, ist günstig eigentlich relativ hoch für Pratteln. Können wir so etwas da hineinschreiben? Mit diesem Absatz f haben wir gemacht, was sinnvoll ist und das andere sollte man im Prinzip nicht hineinnehmen.

Dominique Häring: Was ist günstig? Ist das messbar? Nein, ist es nicht. Bauen wir? Nein, wir bauen nicht. Es baut ein Investor. Ich will jemanden sehen, der sich, wenn er selber ein Haus baut, reinreden lässt, wie viel was kosten darf. Also Entschuldigung, da müssen wir jetzt unterscheiden, da geht es um einen externen Investor. Da geht es nicht um ein Gebäude, welches die Gemeinde Pratteln baut. Wir können noch so viel fordern, sein Entscheid wird sein, baut er oder baut er nicht. Wenn er sagt, die reden mir viel zu viel drein, dann baue ich nicht, dann haben wir erstens kein Land verkauft an die Logis Suisse, sprich keine Gelder und zweitens passiert nichts auf diesem Grundstück, sondern es bleibt eine Ruine am Schluss.

Rahel Graf: Es tut mir leid, ich habe etwas Verwirrung gestiftet mit meinem Antrag, welcher noch in der Pipeline ist und ich ehrlich gesagt nicht ganz genau gewusst habe, wo ich diesen

unterbringen soll. Wir haben uns entschieden, einen Beschlussantrag zu formulieren, einen neuen Beschlussantrag 5.4 und dieser kommt erst am Schluss. Ich möchte aber trotzdem klären, was dann bei diesem Antrag kommt. In diesem Antrag geht es tatsächlich um die Mietkosten. Wir haben uns von Birsfelden inspirieren lassen, wo es bereits ein solches Reglement gibt. Die Gemeindeversammlung dort hat beschlossen, dass bei Quartierplänen die Gemeinde sehr wohl mitreden kann, was die Gemeinde will. Das ist nämlich der Sinn und Zweck von einem Quartierplan. Wir sind der Meinung, dass eine Gemeinde durchaus auch mitreden darf, wenn es um die Mietpreise geht. Die Leute wohnen in unserer Gemeinde und wir sind doch darum bemüht, was für Leute wir in unserer Gemeinde haben möchten. Unser Antrag beinhaltet, dass 20% der Wohnungen unter dem Medianwert von Prattler Mieten sein sollen, also der Gemeinderat soll das an die Hand nehmen. Der Medianwert ist nicht der Durchschnitt, sondern bedeutet 50% von den Wohnungen kosten mehr und 50% kosten weniger. Der Medianwert soll von einem anerkannten Immobilienschätzungsbüro ermittelt werden und für Prattler Wohnungen sein.

Mauro Pavan: Ich möchte ergänzend zu meinen Vorredner/innen noch sagen: Natürlich ist das messbar, also die unabhängigen Institute gibt es bereits. Die Sozialhilfebehörde lässt regelmässig den Median der Mietzinse überprüfen, holt eine Analyse ein und muss dann entsprechend auch die Mietzinsgrenzwerte für die Sozialhilfebezüger anpassen, das heisst, das Maximum was ein Sozialhilfebezüger an die Miete ausgerichtet bekommt, abhängig von der Haushaltsgrösse. Diese Zahlen liegen bereits vor. Die könnte man wahrscheinlich dem Gemeinderat und auch dem Investor zur Verfügung stellen.

Josef Bachmann: Es ist eigenartig, jetzt diskutieren wir hier wegen diesem Areal. Wenn ich das «Prattler Blättli» aufmache, ist ein Stück Land zu verkaufen, zum Überbauen. Es ist eine Erbengemeinschaft 4/5/6 Stück, dann können sie plötzlich «heuschen», was sie wollen und derjenige, der darauf baut, muss nachher schauen, dass es sich rechnet. Da unten, wo wir eine Möglichkeit hätten, eine gemischte Sache zu machen, «millimeterlen» wir. Ich kann es nicht anders sagen. Überlegt euch mal, wenn ich das «Prattler Blättli» öffne, ich sage es noch einmal, hat es immer wieder Sachen drin, die dir einfach zu denken geben, wie die Leute verkauft werden. Ein Beispiel: Auf der Breite wurde etwas verkauft. Jetzt gibt es zwei Einfamilienhäuser darauf. Der Investor hat nicht gefragt, ob er so oder so viel «heuschen» darf, er baut einfach und es ist schon verkauft.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag von Christine Weiss.

Der Antrag der SP, wird mit 17 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen mit Stichtscheid des Präsidenten abgelehnt.

://: neu g, Erstellung von günstigem, familienfreundlichem Wohnraum

Lesung

§2 Keine Wortmeldungen

§3

Kurt Lanz: Die Bau- und Planungskommission hat auch hier eine Erweiterung zum § 3: Innerhalb des Quartierplan-Perimeters sind unterschiedliche Wohnungsgrössen anzubieten. Die verschiedenen Wohnungsbedürfnisse abdecken und darum einen Beitrag zu einer sozial durchmischten Bewohnerschaft leisten.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK.

Der Antrag der BPK, wird mit 36 Ja- zu 1 Nein-Stimme angenommen.

://: § 3 Art der Nutzung

§ 3 Erweiterung um:

Innerhalb des Quartierplanperimeters sind unterschiedliche Wohnungsgrößen anzubieten, die verschiedene Wohnbedürfnisse abdecken und dadurch einen Beitrag zu einer sozial durchmischten Bewohnerschaft leisten.

Lesung

§ 4 Keine Wortmeldungen

§ 5

Petra Ramseier: Das ist in § 5 nur eine ganz kleine Anpassung in der Formulierung. Im Planungsbericht Seite 9, 4.2.3 Dachgestaltung, steht bereits: «*Als Dachform der einzelnen Hauptbauten wird das Flachdach festgelegt. Diese sind extensiv zu begrünen und/oder für Installationen zur Energiegewinnung zu verwenden.*» Das ist eigentlich schon absoluter formuliert, als es jetzt im Quartierplanreglement drinsteht und ich möchte es einfach auf das anpassen, dass es nicht heisst «Flachdächer sind generell zu begrünen und können für Installationen zur Energiegewinnung genutzt werden, sondern WERDEN für Installationen zur Energiegewinnung genutzt», also gleich, wie das schon im Planungsbericht steht. Ich bitte euch, diesem Antrag zuzustimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag von Petra Ramseier.

Der Antrag der U/G, wird mit 34 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: § 5 Baubereich, Gebäudehöhen und Dachgestaltung

§5 Abs.3

Als Dachform wird das Flachdach für die Hauptbauten festgelegt. Flachdächer sind generell zu begrünen und **können werden** für Installationen zur Energiegewinnung genutzt **werden**. Ein Teil bzw. maximal ein Drittel der Dachflächen ist zum Aufenthalt, als Dachgarten etc. nutzbar zu gestalten. Unterhalb von Installationen zur Energiegewinnung ist ebenfalls eine Begrünung vorzusehen.

Christoph Zwahlen: Es wurden noch zwei weitere Anträge zum § 5, betreffend der Gebäudehöhe, eingereicht. Ich bitte jetzt die Antragsteller, ihre Anträge zu vertreten. Beide betreffen den Baukörper B, aber mit verschiedenen Gebäudehöhen. Die Höhen werden mit Meter über Meer angegeben. Die Anträge werden nachher einander gegenübergestellt.

Paul Dalcher: Mir ist schon klar, der Präsident hat es richtig gesagt, als wir mit diesem Traktandum begonnen haben, im Prinzip könnte oder sollte man das dann beim Plan am Schluss diskutieren und abstimmen. Wollen wir jetzt dabei bleiben oder am Schluss besprechen?

Christoph Zwahlen: Wir können es auch hinten beim Plan nehmen, weil hier bei diesem Satz ja nichts von der Gebäudehöhe steht.

Beide Antragsteller sind damit einverstanden und die Anträge werden unter «Plan» behandelt.

Lesung

§ 6 Keine Wortmeldungen

§ 7

Petra Ramseier: Die ganze Entwicklung rund um die alternative Energiegewinnung entwickelt sich rasant und das ist auch dringend nötig, damit die Klimaziele von Paris erreicht werden können. Deshalb ist es unserer Fraktion sehr wichtig, dass bei Neubauten nicht nur der eigene Energiebedarf ohne fossile Energie gedeckt werden kann, sondern dass auch weitere Freiflächen genutzt werden. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, einen neuen Absatz 3 zum Thema Energieerzeugung (neuer Titel). Der neue Absatz 3 würde lauten: «Die Gebäude werden zur Energiegewinnung genutzt. a) die restlichen nicht als Dachgarten genutzte Dachfläche, wird zur Energiegewinnung mit der Photovoltaik genutzt», also analog zum Absatz 3 von vorher. «b) an der Südfassade werden Module zur alternativen Energiegewinnung in die Gebäudehülle integriert». Das ist absichtlich relativ offen formuliert. Ob das Solarmodule sind oder irgendeine andere Technik möchte ich offenlassen. «Die genutzte Fläche soll möglichst gross sein, aber mindestens 50% der freien Fläche betragen». Damit auch hier noch ein gewisser Spielraum besteht, wieviel von der Fassade dann genutzt wird. Ob das Gebäude jetzt vier, fünf oder sieben Stockwerke haben wird, sehen wir dann. Aber ich denke, die Südfassade wäre prädestiniert für das. Der alte Absatz 3 wird neu einfach Absatz 4, bleibt aber unverändert. Ich möchte euch bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Dominique Häring: Die Fraktion FDP-Die Mitte kann dem Punkt 7 a) zustimmen, das finden wir gut. Bei Punkt b) stellt sich die Frage: Mindestens 50% von der Fensterfreifläche heisst, es kommt etwas zusätzlich an das Gebäude, heisst, die Statik verändert sich und heisst auf gut Deutsch, es müsste eine neue statische Berechnung gemacht werden und eine neue statische Prüfung. Wer bezahlt das? Also ich glaube, da gehen wir dann schon etwas weit. Ich denke, es sind gute Massnahmen, aber inwiefern lässt sich das dann noch finanzieren? Also a) definitiv ja, b) finden wir kritisch.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung über den Antrag von Petra Ramseier.

Der Antrag der U/G, wird in 2 Schritten abgestimmt. Punkt a wird mit 30 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

://: § 7 Energie-Standard und Erzeugung

§7Abs. 3:

Neuer Seitentitel: Energieerzeugung

Die Gebäude werden zur Energiegewinnung genutzt.

- a. Die restliche, nicht als Dachgarten genutzte Dachfläche wird zur Energiegewinnung mit Photovoltaik genutzt.

Punkt b wird mit 22 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

- b. An der Südfassade werden Module zur alternativen Energiegewinnung in die Gebäudehülle integriert. Die genutzte Fläche soll möglichst gross sein, aber mindestens 50% der fensterfreien Fläche betragen.

→ **Der alte Absatz 3 wird NEU Absatz 4.**

Text unverändert.

Lesung

§ 8 Keine Wortmeldungen

§ 9

Andreas Seiler: Zuerst möchte ich Kurt Lanz noch für die Beantwortung danken, zum Punkt Carsharing, wir verzichten jetzt hier auf den Antrag. Wir könnten das immer noch auf die zweite Lesung anschauen. Ich zeige ihm nachher unsere Idee. Wir haben einen Antrag zum § 9, da geht es ja um «Erschliessung und Parkierung» und zwar geht es um die Anzahl

Stammparkplätze. Der Vorlage liegt ein Verkehrsgutachten bei, welches die vom Investor gewünschte Reduktion von 0,95 auf 0,7 rechtfertigt. Nach kantonalem Recht ist es ja möglich, aber nicht zwingend, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind, diese Reduktion zu machen. Wir stellen aber den Antrag, dass man das wieder auf 0,95 erhöht, so wie das im kantonalen Richtplan für den inneren Korridor, wo Pratteln dazugehört, vorgesehen ist. Wie auch aus dem Verkehrsgutachten schon ersichtlich ist, ist ja der Motorisierungsgrad in Pratteln bei 495 Fahrzeugen pro 1'000 Einwohner. Das heisst, für eine 3 1/2-Zimmerwohnung mit zwei Personen ist somit ein Parkplatz notwendig. Diverse Annahmen im Mobilitätsgutachten sehen wir teilweise als unrealistisch an. So wird zum Beispiel mit Allschwil verglichen, wo in einem Beispielobjekt 0,75 vermietete Parkplätze pro Wohnung aufgeführt sind. 0,75 wären ja schon mehr als die 0,7, die das jetzige QP-Reglement vorsieht. Dazu müssen wir auch noch feststellen, dass Allschwil deutlich näher an der Stadt liegt. Viel näher noch in Velo-Distanz, auch wenn das Wetter mal nicht so gut ist. Allschwil ist auf der Strasse sehr schlecht oder eher schlecht erreichbar, oft hat es Staus. Darum muss man davon ausgehen oder gehen wir davon aus, dass es in Pratteln eine höhere Anzahl Parkplätze braucht. Das sehen wir auch mit der jetzigen Statistik von Pratteln, wo sicher auch einige Personen leben, die sich vielleicht gar kein Auto leisten können, wenn man die Zusammenstellung der Bevölkerung anschaut. Was passiert, wenn wir zu wenig Parkplätze zur Verfügung stellen? Natürlich hat der Investor ein Interesse daran, möglichst wenig zu bauen. Das kostet ihn weniger und hat weniger Vermietungsrisiko. Allerdings geschieht dann Folgendes: Die Leute, die keinen Parkplatz mehr mieten können im eigenen Objekt, bestellen bei der Gemeinde eine Nachtparkkarte. Diese Autos stehen dann in den Quartieren, es gibt Suchverkehr. Diese wenigen Plätze im Quartier werden zusätzlich belegt durch Langzeitparkierer und stehen somit nicht mehr für die Besucher zur Verfügung. Eine negative Entwicklung, die wir eigentlich so nicht wollen. Dazu kann ich selber sagen, ich wohne im Helvetia-Tower: Im zweiten UG, wo die Mieterparkplätze sind, hat es eigentlich nicht viel freie Plätze. Es ist also nicht so, dass jetzt da viele Mieterparkplätze frei sind wie das zum Teil gesagt wurde. Besucherparkplätze sind dort effektiv oft frei. Das liegt aber auch daran, dass ein grosser Teil der Gewerbeflächen noch gar nicht vermietet sind. Wenn das voll vermietet ist, würde es dann zusätzlichen Bedarf geben, zum Beispiel für Firmenfahrzeuge. Also darum, 0,95 ist ja eigentlich schon eine Reduktion der ursprünglichen Anzahl, die man beim Kanton hatte. Das ist sicher sinnvoll bei einer so zentralen Lage. Die gute ÖV-Erschliessung führt sicher dazu, dass es weniger Autofahrten gibt, heisst aber nicht zwingend, dass man auch kein Auto kauft. Wenn man das Auto weniger braucht, steht es mehr herum und dann ist es aus unserer Sicht sinnvoll, wenn man es in der Tiefgarage versorgen kann und es nicht draussen im Dorf herumsteht. Konkret heisst das, in § 9 im Abschnitt 6 ändert sich dann natürlich die Totalzahl von 76 auf 95, eben mit diesen 0,95 Stammparkplätzen auf 75 Wohnungen. Die Besucherparkplätze sind unverändert 23, gibt 95. Im Abschnitt 7, Punkt a) würde man dann 0,7 mit 0,95 Stamm-Parkplätze pro Wohnung ersetzen.

GR Philipp Schoch: Ich wollte eigentlich erst nachher reden, weil die Geschichte halt schon einen gewissen Zusammenhang hat. Das was jetzt im Reglement drinsteht, ist eben eine ausgewogene Geschichte. Die Reduktion an diesem Standort macht durchaus Sinn und Andreas, der Vergleich mit Allschwil, der ist also sehr vermessen. Allschwil ist verkehrstechnisch eine Katastrophe, das wissen alle. Beim Gottesacker ist das perfekt erschlossen, das ist einer der best erschlossensten Standorte mit dem ÖV im ganzen Baselbiet, geschweige denn vom MIV. Wir haben ab Fahrplanwechsel 2022 sechs Verbindungen in der Stunde nach Basel. Viel besser kann man das nicht mehr haben. Wenn man zur Türe hinausfällt, ist man eigentlich schon im Tram drin. Also, dieser Standort ist wirklich optimal erschlossen, besser geht's nicht, auf jedem Verkehrsträger, egal wie man dorthin kommt. Der Gemeinderat bittet sie, beide Anträge abzulehnen, weil es eine ausgewogene Geschichte ist und nichts bringt, wenn wir hier noch reinpfuschen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag von Andreas Seiler.

Der Antrag der FDP-Die Mitte, wird mit 18 Nein- zu 17 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

://: § 9 Erschliessung und Parkierung

§ 9 Abs. 7a: Für Wohnnutzungen gilt der Berechnungswert 0.95 Stamm-PP pro Wohnung.

Petra Ramseier: Eine weitere Diskussion gab es bei uns zur Erschliessung des Areals. Die Zufahrt auf die Gottesackerstrasse führt zu deutlich mehr Mehrverkehr auf den Quartierstrassen. Das könnte einfach reduziert werden, wenn man die Zufahrt über die bestehende Tiefgarage von der Zehntenstrasse her nochmals aufnehmen und anschauen würde. Das Problem, welches dahinter steckt, ist, dass die Quartierpläne von Anfang an nicht komplett koordiniert wurden. Ich denke das ist etwas, worauf man in Zukunft ein Auge haben muss bei neuen Planungen. Wir möchten nochmals den Ansatz bringen, dass man diese Erschliessung nochmals anschaut von der Seite Zehntenstrasse und stellen den Antrag auf § 9, Absatz 1: *«Der Anschluss des Quartierplanareals an das Strassennetz der Gemeinde erfolgt über die bestehende Zufahrt und Tiefgarage via Zehntenstrasse/Vierfeld.»*

GR Philipp Schoch: Wie gesagt, der Gemeinderat bittet sie, diesen Antrag abzulehnen. Technisch ist das theoretisch wahrscheinlich möglich, aber mega aufwändig, wenn wir die Erschliessung so würden machen wollen. Klar, das wäre sicher einfacher lösbar gewesen, wenn man das gesamthaft angeschaut hätte, das war aber dort nicht möglich. Wir haben diesen zeitlichen Versatz jetzt halt darin. Wir bitten sie, diesen Antrag abzulehnen für die Erschliessung über die Zehntenstrasse.

Fredi Wiesner: Der Antrag, welcher jetzt vorliegt, den habe ich in die BPK hineingebracht, ob es nicht möglich ist, dass man das so verbinden kann, damit man die Gottesackerstrasse entlasten könnte. Wir haben das dort diskutiert und wurden darüber orientiert, wie aufwändig das ist. Am Anfang hiess es, es sei nicht möglich und dann wäre es doch auf irgendeine Art und Weise realisierbar gewesen. Wie viel das kostet, ist wieder etwas anderes. Dann war noch, dass die Eigentümer dort vorne einverstanden sein müssten. Anscheinend ist das auch nicht gerade so auf fruchtbaren Boden gestossen und dann hat man das in der BPK verworfen. Darum bitte ich euch, lehnt dies jetzt ab.

Patrick Weisskopf: Ich werde diesem Antrag zustimmen. Wir sind dem Investor schon entgegenkommen mit einer Reduktion der Parkplatzzahlen. Damit spart er erheblich Geld und es wäre schön, wenn wir die vorhandenen Synergien nutzen könnten. Die Nachbarschaft ist auch sehr dankbar, weil es ihnen von der Ausfahrt her ins Haus leuchten würde.

GR Urs Hess: Diese Parzelle ist erschlossen. Wir als Gemeinde haben eine Erschliessungspflicht für die Parzelle. Wir können nicht einfach sagen, ihr dürft nicht auf unsere Parzellen auf die öffentliche Strasse erschliessen, die müsste über ein Privatareal. Da machen wir rechtlich einen kompletten Blödsinn und ist sicher anfechtbar. Das geht nicht mit diesem Antrag. Wenn ihr sagt, kommt prüft einmal, kann man das überhaupt machen, dann ist das etwas anderes. Aber ins Reglement hineinschreiben, könnt ihr das nicht. Das ist rechtens nicht haltbar.

GR Philipp Schoch: Dankeschön Urs, für die Präzisierung. Ich bitte die Unabhängigen und Grünen den Antrag zurückzuziehen. Wir nehmen diese Frage aber mit und klären das für die zweite Lesung ab.

Petra Ramseier: Ich ziehe den Antrag zurück und wir schauen bei der zweiten Lesung.

Der Gemeinderat wird an der 2. Lesung die Abklärungen mitteilen:

://: § 9 Erschliessung und Parkierung

§ 9 Abs. 1 Erschliessung des Quartierplansareals

¹ Der Anschluss des Quartierplanareals an das Strassennetz der Gemeinde erfolgt **über die bestehende Zufahrt und Tiefgarage via Zehntenstrasse-Vierfeld**

Christoph Zwahlen: Somit fällt die Abstimmung zu diesem Antrag weg und wir kommen zum Antrag der BPK.

Kurt Lanz: Den Antrag der BPK haben sie vor sich liegen. Andreas Seiler sagte beim Eintreten, dass er noch einen anderen Vorschlag hätte. Er hat mir diesen Vorschlag jetzt gezeigt. Als Präsident der Bau- und Planungskommission nehme ich in Anspruch, dass ich unseren Antrag zurückziehe und an Stelle von diesem, den Antrag von Andreas Seiler weitergebe ans Büro, damit er schriftlich vorliegt. Die Formulierung, die Andreas Seiler gemacht hat, ist eigentlich viel schlauer, als die Formulierung der Bau- und Planungskommission. Aber inhaltlich ist es genau das, was die Bau- und Planungskommission wollte und darum gebe ich jetzt den schriftlichen Antrag von Andreas Seiler weiter. Wenn meine Kolleginnen und Kollegen der Bau- und Planungskommission mit meinem Vorgehen nicht einverstanden sind, können sie mich an der nächsten Sitzung rügen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK.

Die BPK verzichtet auf ihren Antrag und übernimmt den Wortlaut des Antrags von der FDP-Die Mitte, Andreas Seiler.

Der Antrag wird mit 32 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: § 9 Erschliessung und Parkierung

§ 9 Abs. 7 Erweiterung um lit. d:

d. Mindestens ein Parkplatz für ein Car-Sharing Angebot (NEU)

Lesung

§ 10

§ 11

§ 12

§ 13

§ 14

§ 15 Keine Wortmeldungen

Plan

Paul Dalcher: Es geht jetzt um die Gebäudehöhe, welche im Quartierplan definiert ist. Mein Antrag lautet, dass man das Gebäude B um drei Geschosse reduzieren würde, das heisst Höhenmeter über Meer von 302,5 Meter. Ich finde einfach, wir müssen sehr sorgfältig sein bei den Übergängen von neuen Bauteilen, von neuen Baukörpern gegenüber der historischen Bausubstanz, sprich jetzt mal den historisch sehr wertvollen Friedhof und die ganze Umgebung dort im Einfamilienhausstil mit Zweifamilienhäusern etc. Wir sollten dort nicht allzu starke Übergänge machen, welche doch sehr störend sind. Ursprünglich hatten wir das im Planungsbericht der Quartierpläne von Coop und Häring drin und dort war es über das ganze Gebiet, den ganzen Perimeter und auch der Parzelle, über die wir heute sprechen, enthalten. Dort steht bei der Bebauungsstruktur ganz klar und durch das lasse ich mich leiten: «Abnehmende Baufeldgrössen von Norden nach Süden», das wurde gemacht und «Abnehmende Geschossigkeit von Norden nach Süden». Das steht drin, das ist nicht einfach nur so ein «Furz», sondern das wurde dort überlegt. Und jetzt einfach so tun, als ob da nichts steht, finde ich an sich unverantwortlich und höchst problematisch. Das ist einmal eine Ausnahme, die die Gemeinde einfach gemacht und uns auf den Tisch geknallt hat. Das muss man dann schon nochmals anschauen. Es wäre richtig, man würde auf vier Stockwerke heruntergehen, so wie ich es hier formuliere. Die zweite Ausnahme und da haben wir auch noch nicht darüber gesprochen, ist die Mischnutzung, welche ursprünglich vorgeschrieben war über den gesamten Bereich. Jetzt wird nur noch vom Wohnen geredet, die Mischnutzung ist verschwunden. Die Investoren vom ersten Teil, sprich Helvetia-Tower und Vierfeld, die mussten mit der Auflage zurechtkommen,

dass sie 30% gewerblich nutzen müssen. Das war für sie auch nicht so einfach und jetzt wird einfach gesagt, das spielt keine Rolle mehr, das lassen wir weg. Das finde ich nicht sehr konsequent. Die Logis Suisse ist im Moment noch Eigentümerin, das weiss ich. Es ist eine interessierte Investorengruppe da, die da etwas machen will und das ist an sich gut. Was der Gemeindepräsident sagte, dass die Logis Suisse den Mehrerlös aus dem Verkauf, wenn er siebengeschossig bauen könnte, bei der Zentrale einfließen lassen würde, finde ich nicht gerade sehr seriös. Warum steht nirgends etwas darüber, weder im Bericht noch im Antrag des Gemeinderats? Wie verbindlich ist das? Ich meine, das ist einfach ein billiger Verkaufstrick für heute. Das kann doch nicht sein, dass die dort einfach mehr lösen wollen und nachher der Gemeinde rüberschieben. Meine Damen und Herren, so konziliant habe ich die Logis Suisse nicht kennengelernt. Ich erinnere an das Gebäude VSK-Lager, welches ich gefordert habe und mitunter haben mich einige von euch unterstützt, dass man das freistellen würde, damit historische und denkmalersche Aspekte besser zum Ausdruck kommen. Darauf sind sie dort gar nicht eingetreten. Also, ihr müsst aufpassen. Das ist doch eine Milchmädchenrechnung. Wenn wir dem Investor sagen, er darf siebengeschossig bauen, geht der Landpreis um das x-fache rauf. Wenn wir beschliessen, er soll bei vier Geschossen bleiben, die gleiche Raumgebäudehöhe wie jetzt das Coop-Gebäude, ist es nachher einfach um das günstiger. Der Investor bezahlt und das verteuert es. Je höher man baut, umso teurer wirds, statt billiger. Das Land wird als wie mehr wert, weil man höher bauen kann. Der Benefit, die echte Wertschöpfung/Mehrwert haben nicht die Mieter oder Bewohner, sondern der jetzige Landeigentümer. Darum bitte ich sie, diesem Antrag zuzustimmen, damit wir eine schöne Abstufung haben von Norden nach Süden, von hoch nach ein bisschen niedriger. Das würde harmonisch in unser Dorfbild hineinpassen.

GR Philipp Schoch: Ich versuche einige Sachen einzuordnen. Wir sprechen hier nicht über den Quartierplan Vierfeld, wir sprechen über den Quartierplan Gottesacker. Das sind unterschiedliche paar Schuhe. Im Quartierplan Vierfeld haben wir so festgelegt, im Quartierplan Gottesacker können wir anders festlegen. Es gibt keinen direkten Zusammenhang. Paul Dalcher hat jetzt ein paarmal von Ausnahmen geredet. In einem Quartierplan legt man Regeln fest. Man kann das als Ausnahme betiteln. Ich würde es nicht als Ausnahme betiteln, weil man in einem Quartierplan festlegen kann, wie man es machen will. Die Gemeinde kann das festlegen. Sie hier drin können das festlegen, so wie wir das vorher gemacht haben. Punkt für Punkt haben wir angepasst, das ist alles gut. Eine Mischnutzung, das kann man im Vierfeld anschauen gehen, wie gut das am Markt funktioniert und wie beliebt die Verkaufsflächen sind. Das ist einfach schwierig und hat sich im Verlaufe der Zeit entwickelt. Heute weiss man, wir brauchen keine zusätzlichen Flächen mehr für irgendwelche Gewerbe oder Dienstleistungsnutzungen. Ausserdem werden wir an der Bahn noch sehr viele Gewerberäume und Dienstleistungsflächen bekommen mit den anderen Quartierplänen, weil man direkt an der Bahn nicht wohnen kann. Der Zusammenhang, welcher der Gemeindepräsident vorher gemacht hat, zwischen Logis Suisse, also zwischen Käuferin und Verkäuferin, den gibt es natürlich schon, gehört aber natürlich nicht in diesen Quartierplan. Die Grundbesitze sind öffentlich und kann man einsehen. Das gehört aber nicht in den Quartierplan hinein. Wir gehen davon aus, dass Verkäuferin und Käuferin sich geeinigt haben auf den Verkaufspreis, auf den Bodenpreis, und nicht, dass sie wie in einem Basar, nachdem der Einwohnerrat gesagt hat, wie viel Geschosse oder wie viele Meter hoch das Gebäude wird, sie dann den Verkaufspreis nochmals ändern/festlegen. Von dem gehe ich nicht aus. So geht das Immobiliengeschäft auch in Pratteln nicht. Ich bitte sie, diesen Antrag abzulehnen. Ich habe vorher versucht ihnen zu erläutern, warum es dort der richtige Ort ist, um diese 21 Meter zu bauen. Wir haben da wirklich eine sehr gute Lage mit einer sehr tollen, ruhigen Aussicht in den Park, ins Grüne, in den Prattler Hügel.

Patrick Weisskopf: Auch ich habe einen Antrag. Wir haben sehr viel über die Gebäudehöhe diskutiert. Mir waren die Ausführungen von Paul Dalcher bekannt und darauf habe ich mich auch abgestützt. Es ist so, dass die ursprüngliche Planung dort ein Nord-Süd-Gefälle in der Gebäudehöhe vorgesehen hat. Das war eigentlich eine städtebauliche Entscheidung, die man damals machen wollte. Ich betone «städtebaulicher Entscheid» abfallend. Der Riegel mit den sechsstöckigen Gebäuden Richtung Bahn und dann nach innen abfallend, das hat man auch verwirklicht. Innen wurden drei- und viergeschossige Gebäude gemacht. Jetzt sind wir eben

an diesem Punkt, wo man am anderen Ende des Quartiers wieder etwas bauen will. Dieses Quartier ist ein bisschen ein grösseres Feld, nicht nur eine Parzelle. Deshalb bin ich der Meinung, man sollte hier die Regeln weiterhin anwenden. Mein Antrag ist, dass wir das Gebäude B auf fünf Geschosse reduzieren, das heisst die Gebäudehöhen von den Gebäuden A und B wären dann 16,10 Meter. Also das Gebäude A wie bisher, das Gebäude B minus zwei Stockwerke. Das hat auch den Vorteil, dass es nicht so «klobig» aussieht, wenn man vom Friedhof her herschaut oder auch ein bisschen von der Höhe. Die riesige Fassade, die hohe Fassade sieht man einfach und es wirkt einfach übermächtig. Würde man diesen Antrag annehmen, dann hätte das zur Folge, dass wir im Quartierplan Gottesacker, im Reglement Planungsbericht, beim § 4, 3, 2 die Höhestaffelung aufheben müssten.

Andreas Seiler: Wir haben in der Fraktion FDP-Die Mitte die Gebäudehöhen auch besprochen. Eine Mehrheit der Fraktion ist der Meinung, dass die Höhen, so wie sie jetzt im Quartierplanreglement drin sind, oder im Plan, richtig sind und eine Mehrheit möchte sie somit nicht ändern. Ich persönlich bin auch dieser Meinung, ich bin eigentlich sehr überzeugt, dass es so, wie es jetzt ist, richtig ist. Ich finde es grundsätzlich immer ein bisschen schwierig, wenn wir hier eine Diskussion anfangen über irgendwelche Regeln, welche wir bei einem anderen Quartierplan irgendwann einmal aufgestellt und irgendwelche Pläne oder Konzepte gemacht haben. Schlussendlich machten wir damals einen QP mit dem Inhalt Vierfeld beziehungsweise Häring/Coop. Heute machen wir einen anderen Quartierplan und in diesen können wir grundsätzlich hineinschreiben, was wir jetzt für richtig halten und innerhalb des gesetzlichen Rahmens natürlich. Wie in der BPK ja auch schon besprochen wurde und im Bericht kurz erwähnt, hat man das architektonisch angeschaut und war der Meinung, dass es so eine bessere «Falle» macht, als wenn man nivellieren würde. Es ist natürlich auch so: Wenn man höher baut, braucht man weniger Fläche. Ich finde es eigentlich gut, wenn man an dieser Lage eine Verdichtung hinbringt. Es ist nahe beim Bahnhof und wir sollten dem zustimmen. Welche Verträge zwischen dem Landeigentümer und dem zukünftigen Investor bestehen, wissen wir nicht und was da schon abgemacht ist. Ab wann der Investor baut und wenn er nicht bauen würde, das wissen wir ja auch nicht. Aber ich denke, wir müssen etwas machen, was wir für Pratteln sinnvoll finden. Ich bin eigentlich nicht dafür, dass man hier jetzt runterkürzt. Schlussendlich müssen wir auch sehen, wenn wir mehr Wohnfläche auf diesem Land hätten, welches ja eine fixe Landgrösse hat, gäbe es auch mehr Steuereinnahmen für Pratteln. Es gibt mehr Wohnraum für Pratteln, ob das jetzt grosse oder kleine, teure oder günstige Wohnungen sind. Paul Dalcher sagte bei seinem Eintretensvotum, der Gemeinderat sei statt Spielmacher, zum Spielball geworden. Wir sind hier in einem Spiel, bei welchem wir alle auf eine Art und Weise mitspielen müssen, aber wir sollten nicht zum Spielverderber werden. Wenn das Spiel nicht mehr läuft, dann haben alle verloren. Der Gemeinderat hat hier gut mitgespielt und seine Karten richtig ausgespielt und darum bitte, lasst es so und kürzt nicht. Das gilt für beide Anträge, so wie es der Gemeinderat vorschlägt.

Didier Pfitter: Ich bin in der Minderheit in der FDP. Ich bin ein bisschen gespalten. Das ist eine sehr attraktive Wohnlage und ist eigentlich für die Gemeinde wünschbar, dass an solchen Orten eben auch vielleicht Leute kommen, die einen Netto-Beitrag leisten an die Gemeindefinanzen. Das zum Anknüpfen an das, was ich vorher sagte zur sozialen Durchmischung. Das Dorfbild ist noch wichtiger, als ob dort noch zwei, drei gute Steuerzahler mehr wohnen oder nicht. Damals, als man das Hochhaus baute, hat die Gemeindebehörde der Bevölkerung zugesichert, wie das gesagt wurde von Paul Dalcher, gegen Süden wird es niedriger. Das mag nicht schriftlich sein, das mag rechtlich nicht verbindlich sein, aber ich bin eigentlich der Ansicht, ein Wort ist ein Wort. Zweitens macht man jetzt einen schönen Park im Gottesacker und man ist gleich bei einem Einfamilienhausquartier, wenn ihr die Bilder im Bericht von der BPK anschaut. Gleich daneben ist die Gartenstrasse, welche übrigens Denkmalschutzgeschützt ist. Das Türmli an der Bahnhofstrasse wurde erwähnt. Die Bahnhofstrasse ist kein Bijou. Ich finde, man hat damals schon den Fehler mit dem Coop gemacht. Diese hat man halt versaut und ist jetzt so. Das ist kein Grund, dass man andere Quartiere auch noch versaut, auf Deutsch gesagt. Man ist dort wirklich ganz nahe an einem Einfamilienhausquartier. Schräg vis-à-vis ist der Gärtner Meier, ist ein Einfamilienhaus. An der Gartenstrasse entlang sind eigentlich alles Einfamilienhäuser und dort darf man etwas höher bauen. Mit fünf Stockwerken ist man immer noch recht hoch, doppelt so hoch wie die Einfamilienhäuser. Ich finde, das reicht.

Fredi Wiesner: Ich habe es am Anfang schon erwähnt, das war der Blözen, welchen wir nicht überbaut und dort eigentlich festgelegt haben, dass man im Dorf innen verdichtet baut. Wenn man einen Quartierplan macht, möchte man ja gerne ausserhalb der Normen und Höhen, die vorgegeben sind, bauen. Aus diesem Grund macht man einen Quartierplan, sonst kann man einfach so viel bauen, wie vorgeschrieben ist. Wir haben hier einen Quartierplan vor uns liegen, welcher eigentlich ausgewogen ist. Man ging dort extra in die Höhe, damit wir unten nicht so breit werden und mehr Grünflächen haben. Wenn wir das jetzt von oben herunterholen, wird es unten einfach breiter, weil wir eine gewisse Nutzungsziffer haben und diese gerne ausnutzen möchten. Was uns jetzt vorliegt, ist ein sinnvoller Bau. Immer wieder wurde gesagt, nach Süden abflachend. Wir sagen, man hat die vorderen Gebäude zu wenig hoch gemacht. Warum hat man nicht geschaut, dass diese höher werden? Denn wäre es nämlich jetzt auch nicht so schlimm. Das wurde dort nicht ausgenutzt. Auch das mit der Aussicht auf den Park, den wir dort haben, welcher gestaltet wird..... Wir brauchen im Prinzip einfach diese Wohnfläche und dort ist sie gut. Wir haben Bahn, Tram und Bus dort unten und durch das gibt es sehr wahrscheinlich auch weniger Autos. Darum bauen wir doch dort, wo es gebraucht wird und wo es sinnvoll ist und nicht irgendwo ins Grüne hinaus.

Patrick Weisskopf: Vorher haben wir über die Spielregeln gesprochen. Das ist gut, die Spielregeln haben wir und halten sie auch ein. Wir sind jetzt hier in der Legislative und genau um das geht es ja, dass man eben das Reglement erlässt und dass es im Rahmen des Raumplanungsgesetzes so vorgesehen ist. Uns hat das Raumplanungsgesetz die Macht gegeben, dass wir als Legislative entscheiden, was gehen soll und damit wir sagen können, das ist das, was die Prattler Bevölkerung will und so soll es aussehen. Auf der anderen Seite haben wir die Exekutive, welche natürlich immer mit dem Investor verhandelt. Es ist klar, da kommt es halt zu gewissen Spielen und da kann man vielleicht nicht mehr so neutral sein, wie man es gerne wollte oder sollte. Das ist einfach so. Wir haben die Spielregeln geändert, indem wir halt zuerst die Quartierpläne in die Bau- und Planungskommission geben und in der Kommission diskutieren. Damit haben wir auch die öffentliche Diskussion ein bisschen unterdrückt und das ist eben genau das wertvolle von diesem Einwohnerrat, dass man eben diese Sachen diskutieren kann und herausspürt, was die Prattler Bevölkerung haben will. Will sie ein totales Verdichten haben, dann können wir überall auf 80 Meter hoch gehen und machen ein kleines Manhattan. Wir haben viele gute Steuerzahler auf diesen Boden gebracht, aber haben wir wirklich Land gerettet? Nein, haben wir nicht, weil wir den Mehrwert nicht abschöpfen können. Wenn wir den Mehrwert abschöpfen könnten, könnten wir Land zurückkaufen und es wirklich freigeben. Diskussionen mit billigem Wohnraum können wir dann machen, wenn die Gemeinde oder die öffentliche Hand das Geld hätte, um Land kaufen zu können und im Baurecht abzugeben. Aber eben, das Land ist halt ein knappes Gut, darum gehen die Preise immer weiter rauf. Und dort sind wir dann wiederum der Spielball. Als Einwohnerrat können wir schauen, wie unser Umfeld aussehen soll, was wir haben möchten und wie es aussehen soll. Ob wir einen Klotzbau, eine Staumauer oder einen Wolkenkratzer haben möchten. Das ist die Aufgabe, die wir hier drin haben. Ich habe mir meine Meinung gemacht, wie es sein soll. Ich möchte eine gewisse Höhe und diese soll nicht überschritten werden. Es ist mir lieber, man hat regelmässig eine gleiche Höhe. Wenn man mal Sachen abgemacht hat, dann möchte ich auch, dass man sie über längere Zeit hält. Das städtebauliche Konzept hatten wir ja nicht und dadurch sind die Spielregeln jetzt überall offen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung der beiden Anträge. Sie werden einander gegenübergestellt.

Gegenüberstellung der Anträge **zum Plan**:

Antrag von Paul Dalcher, parteilos, zum Plan:	Antrag von Patrick Weisskopf, U/G, zum Plan:
://: Die zulässige Gebäudehöhe von Baubereich B beträgt maximal 302.5m ü.M. (4 Geschosse)	://: Gebäude B: 16.10m GH 306.10m ü.M (5 Geschosse)
2 Ja-Stimmen	30 Ja-Stimmen

bei 5 Enthaltungen

Der Antrag von Patrick Weisskopf wird nun dem Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt:

Antrag von Patrick Weisskopf, U/G, zum Plan:	Antrag Gemeinderat zum Plan:
://: Gebäude B: 16.10m GH 306.10m ü.M (5 Geschosse)	://: gemäss Vorlage Plan
9 Ja-Stimmen	26 Ja-Stimmen

bei 2 Enthaltungen

Der Vorlage des Gemeinderates zum Plan wird somit zugestimmt.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

2. Nr. 3316

Interpellation, SP, Fabian Thomi, Belastetes Material in Salina Raurica

GR Urs Hess: Ja, es hatte mal belastendes Material in Salina Raurica. Das Altlastenkataster zu führen, ist Sache des Kantons nach Bundesvorgaben und nicht Sache der Gemeinde. Aber ich versuche, die Antworten trotzdem zu geben.

Frage 1: Wie wurde das besagte Gebiet im letzten Jahrhundert genutzt? Im letzten Jahrhundert wurde praktisch das ganze Gebiet hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt. Auf einem kleinen Teil des Areals wurde noch bis ca. 1970 ein Altmetallhandel betrieben und auch alte Autos hat man dort gelagert. Nach der Räumung wurde die Fläche rekultiviert. Das damalige Wasserwirtschaftsamt, das ist heute das AUE, hat im Anschluss daran dem Betreiber bestätigt, dass er alle Auflagen erfüllt hat, dass alles in Ordnung ist. Die Bewilligung für solche Sachen erteilt jeweils das AUE, überwacht das nachher auch und gibt dann die entsprechenden Flächen frei, wenn sie in Ordnung sind.

Frage 2: Vor zwei Jahren sagte GR Urs Hess, dass der Bereich als Ablagerungsstandort genutzt wurde. Von wem? Woher kommt das verschmutzte Material? Vorhin habe ich gesagt, woher das verschmutzte Material kommt. Es hatte noch anderes Material von einer Firma, welche es heute gar nicht mehr gibt.

Frage 3: Kann der GR versichern, dass für die Bevölkerung nie eine Gefahr durch den verschmutzten Boden bestand? (Sei es durch die landwirtschaftliche Nutzung des Gebiets oder durch eine Verschmutzung des Grundwassers.) Das Gebiet ist im Strömungsbereich der Grundwasserfassung von uns. Das Grundwasser wird aber laufend überwacht. Mittlerweile kontinuierlich über ein elektronisches Grundwasser-Überwachungssystem. Auch durch die

landwirtschaftliche Nutzung von diesem Gebiet gab es nie eine Gefahr. Von dem her kann ich euch beruhigen, dass dort alles rechtens ging. Das ist auch entsprechend mit dem Bauherrn, respektive mit dem Kanton, für die Rauricastrasse, vereinbart.

Frage 4: Pratteln ist ein Industriestandort. Was unternimmt der GR, dass sich das Ausmass solcher Funde zukünftig nicht erst durch grosse Bauprojekte offenbart? Da kann der Gemeinderat gar nichts unternehmen. Wie ich am Anfang sagte, ist der Kanton zuständig. Mit einem aufwändigen Verfahren hat er alle bekannten und belasteten Standorte im Kanton aufgenommen. Diese sind auch im Altlastenkataster eingetragen. Der Kataster hat die Grundlage, wie man dies aufbereiten muss. Das sind die Vorgaben des Bundes, welcher die Altlastenverordnung aufgestellt hat. Wir als Gemeinde sind selbstverständlich verpflichtet, den Kataster «beizuziehen». Wenn etwas eingetragen ist, kann man sich dann auf das abstützen und sagen: Hier muss der Bauherr noch etwas machen, wenn er etwas anfasst. Aber primär ist das die Sache des Amtes für Umweltschutz und Energie.

Frage 5: Sind beim Bau des Verteilerzentrums von COOP ebenfalls Altlasten aufgetaucht? Dem Gemeinderat ist nichts bekannt, dazu kann ich nichts Weiteres sagen.

Der Interpellant wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

Fabian Thomi: Ich möchte mich beim Gemeinderat herzlich bedanken für die Beantwortung der Interpellation und habe noch folgende Fragen/Bemerkungen. Ich verstehe, dass der Gemeinderat die Verantwortung auf den Kanton abschiebt, aber gleichzeitig finde ich es auch ein bisschen billig, weil es schlussendlich die Bewohner/innen von Pratteln betrifft. Zumindest eine Information diesbezüglich von Seiten der Gemeinde wäre sicher wünschenswert gewesen. Woher weiss der Gemeinderat, dass es nie Gefahren bezüglich der Landwirtschaft gab? GR Urs Hess hat das jetzt einfach so gesagt. Es würde mich an dieser Stelle Wunder nehmen, ob er noch ein bisschen mehr dazu sagen könnte.

GR Urs Hess: Ja, Fabian, also billige Antworten geben wir hier nicht, auch wenn du uns dies unterstellen willst. Das ist überhaupt nicht so. Das ist ganz klar Sache des Kantons, die ganze Altlastengeschichte. Die Hoheit liegt beim Kanton und nicht bei der Gemeinde. Wir haben selbstverständlich das Altlastenkataster, mit welchem wir wissen, in welchen Gebieten Altlasten abgelagert sind. Du kannst übrigens selber nachschauen. Auf der Homepage des Kantons ist unter «Geoview» das Altlastenkataster einsehbar. Dort wurde auch orientiert, als die Altlasten im Bereich der Rauricastrasse hervorkamen. Bauherr ist der Kanton. Der Kanton hat da auch die Federführung übernommen und auch orientiert. Das ist nicht eine Sache der Gemeinde und des Gemeinderates, einfach damit das klar ist. Die Verhältnisse müssen klar geregelt sein. Die Landwirtschaft hat nichts verschmutzt, das ist schon lange ein Gebiet des Grundwasserschutzes. Das wird auch immer überprüft, aber nicht durch die Gemeinde, sondern da hat der Kanton die Federführung.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

3. Nr. 3236

Beantwortung Postulat, U/G, Gerold Stadler, Grünstadt Schweiz

GR Philipp Schoch: Durch den Klimawandel und den steigenden Druck auf Biodiversität wird der Handlungsbedarf gerade im dicht genutzten Raum, auch hier in der Region Basel immer wesentlicher. Mit der Bearbeitung dieser Themen, mit den Lösungsansätzen der Grünstadt, können wir gerade auch als Gemeinde, dem aktiv entgegenwirken. Der Gemeinderat möchte das ordentlich mit dem Budget 2023 aufnehmen und möchte dort, mindestens mit der Analyse und allfälligen weiteren Massnahmen, «hineingehen». Wenn wir das so umsetzen, dann können sie das Postulat jetzt als erfüllt abschreiben. Noch ein Wort zu den Labels: Wir haben zum Beispiel das Label Energiestadt. Man sagt ja auch oft bei den Labels, das ist Geldmacherei und so. Man würde die Massnahmen sowieso machen, auch ohne Label. Das stimmt nicht. Das sieht man bei der Energiestadt sehr gut. Die Energiestadtthemen sind sehr breit. Die

Energiestadt ist auch eine Querschnittsaufgabe. Es sind ganz viele kleine, einzelne Massnahmen in den verschiedensten Projekten, die wir tagtäglich umsetzen und dort ist es eben wichtig, dass man erstens das was man macht bilanziert und zweitens ein Programm hat, wie man den Absenkpfad bearbeitet. Die ganze Bilanzierung bringt extrem viel, also dass man das Ganze in einem Programm hat, wo wir eine Übersicht haben, wobei man alles auch zusammenfassen muss und sich überlegen, wie wir das bearbeiten und so weiter. Das sind alles extrem wichtige Schritte, um die Ziele erreichen zu können. Das macht man nie ohne Label. Das Label zwingt einem zudem ein Stückweit, hält uns aber aktiv bei der Bearbeitung dieser Themen. Man ist also mit einem Label viel aktiver. Wir haben mit der Energiestadt sehr gute Erfahrungen gemacht. Bei der Wiedereröffnung des Kuspo, bekommen wir die Rezertifizierung der Energiestadt überreicht. Wir werden das dann dort noch mit Zahlen und Fakten ausschmücken, was das genau heisst, eben ein konkretes Programm zu haben. Das bringt wirklich etwas. Es ist nicht einfach nur eine Geldmacherei, sondern es hilft uns als Organisation, die Themen voranzutreiben.

Gerold Stadler: Ich möchte dem Gemeinderat ganz herzlich danken für die positive Beantwortung von meinem Postulat. Ich freue mich, dass der Prozess beginnt, weil ich glaube, je Klimawandel, desto grüner muss eine Stadt sein und damit meine ich natürlich nicht nur die Politik, sondern eben auch, wie es in der Stadt aussieht. Pratteln wächst. Wir hatten es gerade vorher im vorletzten Traktandum mit der Verdichtung. Genau solche Sachen machen es wichtig, dass man das ganz genau anschaut und das eben begleitend macht. Ich bin überzeugt, wir haben ganz gute Leute in Pratteln, aber ich bin nicht sicher, ob das nötige Fachwissen wirklich immer vorhanden ist und da hilft eine solche Geschichte. Ich freue mich darauf und hoffe, dass das nicht nur ein erster Schritt sein wird, sondern auch ein zweiter und dritter. Ich werde aber sicher genau hinschauen, wie es weitergeht und hoffe nicht, dass das nach dem ersten Schritt dann schon versandet.

Urs Baumann: Die FDP-Die Mitte ist ebenfalls für Abschreiben von diesem Postulat. Wir haben aber schon noch ein paar kritische Bemerkungen. Im Gegensatz zu GR Philipp Schoch sind wir der Meinung, dass diese Aufgaben auch ohne Zertifikat gehen können. Die Zertifikate und die Zertifizierung kosten Unmengen an Geld. Es sind jetzt einmal CHF 10'000 für das erste Mal, welches man für das Jahr 2023 einsetzen möchte, aber das ist nur ein Teil. Da kommen enorme Verwaltungsaufwände dazu. Wir fragen uns, was schlussendlich der Nutzen für die Bevölkerung ist und kann man das nicht günstiger machen? Wir denken, das Geld kann man sinnvoller einsetzen, in dem man es halt direkt für Projekte in der Gemeinde einsetzt und nicht, dass man das noch an eine Zertifizierungsstelle überweist.

Mauro Pavan: Im Gegensatz zu meinem Vorredner und seiner Partei begrüsst die SP natürlich die Haltung des Gemeinderates und der Abschreibung von diesem Postulat können wir vorerst zuversichtlich zustimmen und hoffen, dass dann auch wirklich etwas geschieht.

Kurt Lanz: Im Gegensatz zu Urs muss ich sagen, dass ich es eigentlich gut finde, wenn *Achtung* «eine Aussensicht vorhanden ist». Natürlich könnte auch die Gemeinde selber schauen, wo wir was verbessern können, egal ob das im energetischen Bereich ist. Das Beispiel hat GR Philipp Schoch gebracht. Aber letzten Endes finde ich, ist es eben wichtig, dass irgendjemand der nicht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht, das macht, sondern dass wir eine Aussensicht haben und die Aussensicht bringt uns manchmal viel weiter. Wenn die Gemeinde Pratteln das Gefühl hat, die Aussensicht sei nicht gut, dann kann sie das stoppen. Wenn sie aber die Aussensicht nicht hat, weil es eben niemand von aussen anschaut, dann gibt es nichts zu stoppen, sondern dann weiss man einfach etwas nicht und darum finde ich den Weg richtig, welcher der Gemeinderat eingeschlagen hat.

Sebastian Enders: Ich möchte mich eigentlich ganz im Gegensatz zu anderen Personen Urs anschliessen. Ich bin auch der Meinung, dass Zertifikate in der Regel oder manchmal etwas bringen, manchmal eher weniger. Aber etwas bringen sie auf jedem Fall und das sind Kosten. Zum Thema «Man kann sonst nichts machen oder erreicht die Ziele nicht» möchte ich ein kleines Beispiel von meiner alten Baustelle bringen: Wir hatten einen Industriebau. Dieser wurde ohne Anforderungen an Minergie oder DGNB etc. erstellt. Die Bauherrschaft kam dann

nach der abgeschlossenen Planung und hat gesagt: Nein, wir möchten das Gebäude zertifiziert haben, einerseits Minergie und andererseits DGNB. Das ging so weit, dass wir im Prinzip die Labels erreichten und zwar nicht nur DGNB Bronze, sondern Gold, und zwar unabhängig davon, ob wir das in der Planung berücksichtigt hatten oder nicht. Wir setzten eigentlich die gesamten Baumassnahmen von Anfang an schon so um, dass die Labels anstandslos erreicht wurden. Aus diesem Grund möchte ich dir hier etwas widersprechen Philipp. Man kann sehr viel machen und das Geld auch von vorneherein so einsetzen, dass es eben zielführend ist und nicht einfach nur für eine Plakette, die man an der Gemeindeverwaltung anschrauben kann. Wir sind natürlich für Abschreiben von diesem Postulat.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 36 Ja- zu 1 Nein-Stimme als erfüllt abgeschrieben.

4. Nr. 3245

Beantwortung, Postulat, FDP-CVP, Didier Pfirter, Autobahnausfahrt Pratteln Ost: Erwähnung des Namens der Standortgemeinde im Namen der Autobahnausfahrt im Gebiet Löli-Wanne

GR Stefan Löw: Bei der Beantwortung ist klar ersichtlich, dass wir nicht das erwirken können, was wir wollen. Wir können den Antrag stellen. Das haben wir auch zweimal gemacht und das Begehren so eingereicht. Schlussendlich ist das ASTRA halt zuständig und ob sie das umsetzen und unser Bedürfnis einfließen lassen. Wir hatten vor längerer Zeit, ich schätze sicher zehn Jahren oder sogar noch länger, dieses Begehren schon einmal. Wir haben es in dieser Art eingereicht und damals auch einen abschlägigen Entscheid bekommen. Das sieht man auch daran, dass die Ausfahrt immer noch gleich angeschrieben ist. Es mir leid, dass wir hier wirklich nichts bewirken konnten und bitte sie, das Postulat darum abzuschreiben.

Didier Pfirter: Zuerst möchte ich dem Gemeinderat danken für sein Engagement, besonders GR Urs Hess und dass sie noch ein zweites Mal «nachgestossen» haben. Ein Skandal wird oft ein wenig strapaziert heutzutage, aber ich glaube, hier ist es jetzt angebracht. Das ASTRA und unser Herr Bau- und Planungsdirektor fragte die Stadt Liestal, ob Pratteln, auf seinem eigenen Grund und Boden, nebst Liestal auch noch erwähnt werden darf bei dieser Ausfahrt, bei welcher wir Land drangeben mussten und welche wahrscheinlich eine Mehrheit der Einwohner Prattelns privilegiert benützt. Also sicher einmal 1/6 der Einwohner, die in der Längi wohnen. Dort fährt man zuerst durch, bevor man auf Augst kommt, welches angeschrieben ist. Auch ungefähr 1/6, die im Rankacker wohnen. Jedes Mal, wenn ich sie brauche, ich wohne ziemlich im Zentrum des Dorfs, vorher haben wir oben beim Erli gewohnt, sind wir auch immer dort raus. Ein Grossteil der Prattler benützt diese Ausfahrt und diejenigen, welche zu Besuch kommen, sollten sie auch benützen. Abgesehen davon, dass es näher ist, entlastet es auch die ganze Salinenstrasse und die Bahnhofstrasse. Die Unterführung und der Kreisel werden wahrscheinlich bald einmal überlastet sein, wenn wir die Bahnhofstrasse jetzt verschmälern und verlangsamen und wenn dann die ganzen «HIAG-Bewohner» auch noch dort durch müssen. Es gäbe ganz viele Gründe, warum dies für Pratteln wichtig wäre. Ja, man findet es auch mit dem GPS, auch Liestal findet man mit dem GPS. Das scheint der Herr Regierungsrat auch nicht bemerkt zu haben. Er findet dann auch noch, dass es ja eigentlich gar keine Ausfahrt sei, sondern eine Autobahnverzweigung zu einer Privatautobahn, die der Kanton bauen musste, weil die Stadt Liestal damals die Autobahn nicht wollte. Das andere Ende dieser Privatautobahn ist am Wohnort des Herrn Regierungsrats in Sissach. Diese Ausfahrt heisst Sissach und ist ungefähr gleich weit weg vom Kantonsspital, wie diese in der «Hülften». Also Summa Summarum: Das ist absurd, es sind faule Ausreden, es ist ein Skandal, viel machen können wir nicht. Ich hätte gerne noch etwas Unterstützung von euch, wenn ihr meine Meinung teilt, dass das vielleicht ein wenig Eindruck macht und ich möchte meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass sich der Gemeinderat dann einmal revanchiert, wenn der Kanton wieder etwas von uns will. Wie damals als er uns die Dreckschleuder von Kohlekraftwerk anhängen wollte, auf

unserem Gemeindegebiet bauen oder Land abgeben oder sonst irgendetwas. Ich hoffe, wir legen uns dann das nächste Mal quer. Das kann man ja dann in Liestal bauen.

Andreas Moldovanyi: Wir haben das diskutiert und sind für eine Abschreibung. Es wäre schön gewesen, wenn Pratteln-Ost dort stehen würde. Wir können auch gut damit leben, wenn es nicht dasteht. Wir sind der Ansicht, dass wichtig ist, und das sieht man jetzt sehr gut bei der Ausfahrt, dass das Spital Liestal gekennzeichnet ist und das soll auf keinen Fall gestört werden.

Paul Dalcher: Ja, wir nehmen das zur Kenntnis. Ich habe jetzt trotzdem noch eine Anregung. Ich hatte noch eine Idee, als ich das studierte: Statt der Tafel auf der Autobahn, warum nicht, das würde uns etwas bringen, eine touristische Signalisationstafel anbringen? Das sind die braunen Tafeln mit schönen Fotos darauf: Liestal historische Altstadt, Reigoldswil Wasserfällen, Basel Museumstadt, Wildenstein Schloss, Bottmingen Schloss. Pratteln könnte das auch machen. Wir haben in Pratteln ein Schloss und bald ein Weiherschloss.

Gerold Stadler: Mein Vorredner hat es gesagt: Man kann schon damit leben, aber für mich ist die Antwort des Kantons ein wenig stossend. Was der Bund sagt, da hat Pratteln wahrscheinlich etwas kurze Spiesse gegen das ASTRA. Aber wieso der Kanton etwas dagegen hat, dass dort auch Pratteln draufsteht? Dass das Spital darauf steht, versteht man und ist wichtig. Das ist ein Zeichen, das Kreuz mit der Schlange, das ist wichtig, aber ich glaube, für Pratteln hat es auch noch Platz. Als ich letztens durchgefahren bin, dann habe ich Augst gesehen und mir gedacht: Ja, also Augst ist so klein und der Name steht so gross dort. Die Längi ist viel grösser, man müsste eigentlich die Längi anschreiben, oder? Ich weiss auch nicht, was wir machen können, aber irgendwie finde ich es doch nicht wirklich richtig, dass sich der Kanton hier nicht auf die Seite von Pratteln stellt. Das eine tun und das andere nicht lassen, wäre schon möglich gewesen. Mit ein bisschen Unterstützung hätte es wahrscheinlich geklappt.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 33 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Verabschiedung

Christoph Zwahlen: Simone Schaub ist heute zum letzten Mal im Einwohnerrat. Ihr Schreiben habe ich schon verlesen. Sie ist seit dem 1. Januar 2014 Einwohnerrätin. Sie hat in verschiedenen Kommissionen, wie zum Beispiel der Entwicklungskommission oder in der Rechnungsprüfungskommission mitgearbeitet und auch in der Spezialkommission Teilrevision Parkierungsreglement. Im Amtsjahr 2015/2016 sass sie als Stimmzählerin auch hier vorne. Simone ist immer gut vorbereitet auf die Geschäfte und setzt sich mit ihnen auseinander. Ich habe sie in der Spezialkommission Teilrevision Parkierungsreglement erlebt und sie hat es dort wirklich kompetent und engagiert geleitet. Ich habe gerne mit ihr zusammengearbeitet. Als Hundehalter schätze ich auch ihr Engagement für das Wohl der Hunde im Dorf. Das nimmt sie auch privat als Präsidentin der Jacqueline-Zbinden-Stiftung zum Wohle von Mensch und Tier wahr. Simone, ich danke dir im Namen des ganzen Einwohnerrats für deine Arbeit. Wir wünschen dir alles Gute für deine Zukunft, mache es weiterhin gut.

Die Sitzung wird um 21.30 Uhr beendet.

Pratteln, 11. März 2022

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Christoph Zwahlen Ulrike Schmid